

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 150 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 269

Februar 179.

Wildbad, Donnerstag, den 18. November 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Zur Sozialisierung des Bergbaus

Wenn das Verlangen nach neuen Lebens- und Arbeitsformen allgemein geworden ist, so soll der Staat „die Linke der Gesetzgebung“ in die Hand nehmen und die Türe weit aufmachen. Das war Bismarcks Ansicht. Die Dinge im Fluß zu halten, alle beteiligten Kreise an der Mitarbeit zu interessieren, die gemeinsame Arbeit vor unfruchtbarer Geiz auf zu bewahren und immer wieder auf praktisch durchführbare Ergebnisse hinzuwirken, das zurzeit Mögliche nicht von dem in ferner Zukunft einmal Wünschen weiten abstrahieren zu lassen; das sollen in solchen Fällen die Aufgaben der Regierenden in Staat und Partei sein. Eine Frage, wofür unbedingt eine praktische Lösung gefunden werden muß, ist das, was mit einem Robschlagwort als „Sozialisierung des Kohlenbergbaus“ bezeichnet wird. Gelingt uns eine schiedlich-friedliche Lösung dieser Frage nicht, gelingt sie nicht bald, dann wird der begehrliche französische Kapitalismus versuchen, den Knoten mit dem Schwert des Marschalls Koch durchzuschneiden. Es scheint nun aber, daß die Sitzung des Ausschusses des Reichswirtschaftsrats vom 10. November uns der Lösung der wichtigen Frage erheblich näher gebracht hat. Die bisher vorliegenden zwei Vorschläge der sofortigen radikalen Sozialisierung und der allmählichen Abführung des Bergbaus in 30 Jahren können wohl als abgetan gelten. Dagegen wurden in der Sitzung vom 10. November drei neue Vorschläge eingebracht, die erwogen werden müssen, und es war zum mindesten vorzuziehen, wenn der Vorstand des Bergarbeiterverbands in Bochum sich dazu, ohne weiteres ablehnend verhielt, er hätte wenigstens die Erörterung der verschiedenen Vorschläge vor dem Wirtschaftspräsidenten abwarten sollen. Um so mehr, da sich gerade für den Vorschlag Silberberg-Stinnes, den der Bochumer Beschluß verwirft, doch auch die Mehrheit der Arbeitervertreter im Unterausschuß des Wirtschaftsrats eingestellt hat. Theoretisch möchte man vielleicht dem Vorschlag Beckmann den Vorzug geben, als dem für die Staatswirtschaft vorteilhaftesten. Danach soll ganz kurz gefaßt, der Staat die Eigentumsrechte am Grund und Boden der Kohlenreviere abholen — durch verzinliche Schuldverschreibungen — und die Werke den bisherigen Eigentümern verpachten. Neue Kohlenfelder sollen meistbietend vergeben werden, und die Arbeiter sollen sich in der Form von Genossenschaften an der Verpachtung beteiligen können. Der Vorschlag ist einfach und einleuchtend, setzt aber einen starken Staat voraus, wie er uns nun abhanden gekommen ist. Sozialisierung wurde in der Revolution kurzweg als Besitzergreifung verstanden, und wenn da auch ohne Zweifel eine allgemeine Ernüchterung eingetreten ist, so bleibt es doch fraglich, ob die Arbeiter sich mit einer Umformung zufrieden geben werden, die ihnen nur die Möglichkeit genossenschaftlicher Pacht neu zu erschließender Felder bietet. Die Eigentümer aber werden natürlich nicht mit Freuden dreimüßig in Domänenpacht umzuwandeln zu werden. Und ob der gegenwärtige Staat insstande wäre, die Reform gegen den vereinigten Widerstand von Arbeitern und Eigentümern durchzuführen, ist doch wohl mehr als nur unwahrscheinlich.

Auch der Arbeiter, der zwischen dem Vorschlag Beckmann und dem Vorschlag Stinnes zu wählen hat, wird sich in seinem Herzen vermutlich ohne Besinnen für den Vorschlag Stinnes entscheiden. Denn der bietet ihm unmittelbaren Anteil am Grundbesitz in Form von Kleinaktien, und Stinnes im Aufsichtsrat. Der Vorschlag Stinnes hat zwei Angelpunkte. Ist die Schaffung von Kleinaktien der eine, so ist die Verbindung des Kohlenbergbaus mit Kohlenverbrauchenden Industrien zu Kraft- und geldsparenden Gemeinwirtschaften der andere. Der Gedanke von Wislows Planwirtschaft lebt hier wieder auf, nur gespannt in einen engeren Rahmen, worin die Durchführung leichter sein wird, als logisch für den Umfang des gesamten Staatsbetriebs. Ist er aber für die Kohlegemeinwirtschaft erst durchgeführt, so wird er an ihren Grenzen nicht haltmachen. Es heißt doch etwas, daß sich für den Vorschlag Stinnes nicht nur die drei Arbeitgeber des Unterausschusses erklärt haben, sondern von den drei Arbeitnehmern zwei. Eine entscheidende Frage bei der Gemeinwirtschaft wird auch die sein, wie das Interesse des Staats, mit seinem überwiegenden Kohlenverbrauch für die Reichseisenbahnen, darin „verankert“ wird.

Der dritte Arbeitnehmer im Unterausschuß hat einen eigenen Vorschlag ausgearbeitet. Dieser Vorschlag Werner begegnet sich in seinen allgemeinen Gedankengängen vielfach mit dem Vorschlag Stinnes, fordert aber die sofortige „Vollsozialisierung“. Zugunsten einer bürokratischen Zentralleitung — die der Vorschlag Stinnes ebenso vermeidet wie der Vorschlag Beckmann — tritt hier der Gedanke organischer Gemeinwirtschaft zwischen der Kohle und den Kohlenverbrauchenden Endindustrien bedenklich zurück. Damit, daß der Vorschlag erklärt, jede Bürokratisierung und hindernde Ueberordnung sei auszuschalten, ist das leider noch nicht verbürgt. Auf ihren Gründungspapieren wollten unsere Kriegsgesellschaften auch nicht bürokratisch sein, in der Praxis entarteten sie aber unheimlich rasch. Und die Frage ist, ob wir in der herrschenden Uebergangszeit, das Risiko gerade bei der Kohle laufen dürfen. Auffallend ist doch, daß hier selbst dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ in letzter Zeit schwere Bedenken gekommen zu sein scheinen. Er veröffentlichte in seiner Sonntagsnummer vom 31. Oktober einen Leitartikel „Entscheidungskampf“, der die Bedenken durchsichtig verschleierte zum Ausdruck brachte. Er bedauert, daß es selbst in dieser grundlegenden Frage keine einheitliche Arbeiterfront gebe, und daß Däumling Reichstag erklärt habe, aus der Sozialisierung möchte sie — die Waktomiter — überhaupt nichts werden. Der „Vorwärts“ führte dann weiter aus, eine Niederlage des Sozialismus in Deutschland bedeute seine Niederlage in der ganzen Welt. Er ermahnte die Arbeiter, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein und stellte die Forderung auf: die Sozialisierung der Kohle dürfe nicht scheitern. Das macht sich auf dem Papier soweit ganz schön, der unbefangene Leser erkennt aber daraus: in der Redaktion des „Vorwärts“ geht bereits das Geben des Scheiterns der Kohlen-Vollsozialisierung um. Da darf die Sozialdemokratie anderen Kreisen auch nicht verheimeln, wenn sie vor dem Sprung ins Dunkle stuhlig werden.

Aus den gleichen Gründen, wie den theoretisch empfehlenswerten Vorschlag Beckmann, möchte man also den theoretisch radikalsten Vorschlag Werner hinter den praktisch gangbarsten Weg des Vorschlags Stinnes zurückgestellt sehen. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß dieser Vorschlag nun unbedingt angenommen werden müßte. An ihm wird im einzelnen noch manches zu vertiefen und zu festigen sein, und kann dabei eine Angleichung an andere vertretbare Forderungen erfolgen — um so besser! Nur Ablehnungen in Bauart und Bogen — sofern sie von ernst zu nehmenden Körperschaften kommen, sind in diesem Stadium der Frage vom Uebel. Das Ziel muß doch sein, eine Lösung zu finden, die uns in absehbarer Zeit mehr Kohle und billigere Kohle verschafft, die zugleich aber in der Arbeiterschaft die Ueberzeugung weckt, daß dadurch die Sache der deutschen Kohle auch ihre Sache geworden ist. Der deutschen Arbeiterschaft nicht nur, sondern der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Darin würde der beste Schutz gegen Raubgelüste des französischen Kapitalismus liegen.

Die Ueberwindung der Alb durch den Kanal.

Die Fortführung des Rhein-Neckar-Kanals im Talsal von Weisklingen a. St. ab bis zur Donau bei Ulm begegnet der Schwierigkeit, daß die Alb vorgelagert ist und einen mächtigen Wall der Führung der Wasserstraße entgegenstellt. Das Hindernis ist natürlich keineswegs unüberwindlich, die Frage ist nur, wie die Alb zu bezwingen sei. Vielfach wurde daran gedacht, durch das Bergmassiv einen Tunnel zu stoßen, der oberhalb Ulm in das Donau- bzw. Albtal mündet. Und der Plan hat jetzt noch viele Anhänger. Der Tunnel, der an sich wohl ausführbar und auch sonst schon angewendet worden ist, hat den Vorzug, daß er den Wasserweg nicht unwesentlich verläßt und eine gerade Linie ermöglicht. Andererseits sind aber die entgegenstehenden Bedenken doch so gewichtig, daß der Tunnel praktisch nicht mehr in Frage kommen kann. Baurat Dr. Böhmeler-Mannheim gibt darüber einen interessanten Aufschluß im Novemberheft der Vereinsmitteilungen des Schwäbisch-Deutschen Kanalvereins. Wir entnehmen dem Aufsatz folgendes:

Der Tunnel unter der Alb würde von Weisklingen a. St. auszugehen haben und bei Ulm in die Donau münden; seine Länge betrüge bei knappster Bemessung 24 1/2 Kilometer. Das Ausbruchprofil des einschiffigen Tunnels ist bedeutend größer, als dasjenige eines zweischiffigen Eisenbahntunnels. Ein zweischiffiger Tunnel kommt wegen seiner hohen Kosten überhaupt nicht in Betracht. Ein einschiffiger Tunnel, der 5 Millionen Tonnen Verkehr bewältigen soll, benötigt vier Ausweichehlen von je ungefähr 1200 Meter Länge, an welchen das Tunnelprofil mindestens zweischiffig, wenn nicht noch breiter ausgebildet werden muß. Ein solcher Tunnel kostet (nach den neuesten Erfahrungen der Mannheimer Firma Grün u. Bilfinger A.-G. bei einem Modelltunnel) einschließlich der Kosten für die Ausweichehlen, und einschließlich der 4 senkrecht abgetauften Förderschächte, die zur Inangriffnahme des Stollenbaus 140 Meter tief, gleichzeitig an 4 Zwischenstellen notwendig sind, bei heutigem Preise 108 000 M. für den laufenden Meter, bei 24,5 Kilometer Länge also 2650 Millionen Mark. Rechnet man 6 Jahre Bauzeit, so kommen bei 5 Prozent Bauzinsen 480 Millionen Mark hinzu, so daß sich Gesamtbaukosten von 3050 Millionen Mark ergeben. Die Kosten eines offenen Kanals über die Alb hinweg, einschließlich etwaiger Tauschschleusen oder Hebewerke, betragen dagegen zu heutigen Preisen 820 Millionen Mark, wozu bei nur vierjähriger Bauzeit 80 Millionen M. an Bauzinsen hinzukommen und 900 Millionen M. Gesamtbaukosten entstehen. Der Tunnel ist also bei den heutigen Preisen 2,12 Milliarden teurer als die offene Kanalstrecke, für deren Anlagelosten eine Verzinsung und Tilgung nur bei stärkstem Schiffsverkehr erzielt werden dürfte. Diese Milliarden müßten daher als verlorene Baukosten, ohne Aussicht auf Verzinsung und Tilgung aufgebracht werden. Der Albtunnel kann niemals angeführt werden.

Neues vom Tage.

Das Gesetz über die Selbständigkeit Oberschlesiens

Berlin, 17. Nov. Der Gesetzentwurf betreffend die Bildung eines Landes Oberschlesien bestimmt, daß innerhalb zweier Monate nach Uebernahme der Verwaltung durch die deutschen Behörden eine Volksabstimmung darüber stattfinden soll, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Dies ist im Fall der Bejahung unverzüglich zu bilden. Zunächst ist eine obereschlesische Landesversammlung zu bilden.

Hue in London.

Berlin, 17. Nov. Der Abgeordnete Hue ist als Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbunds gestern zum internationalen Gewerkschaftskongress nach London abgereist.

Ministerielle Erklärungen in München.

München, 17. Nov. Im Landtag erklärte gestern Ministerpräsident v. Kahr, die Ueberwindung des Einheitsgedankens im Reich würde eher zerstörend, während ein gesunder Föderalismus erhaltend wirke. Die bayerische Regierung sei nicht daran schuld, daß man bei der Schaffung der Reichsverfassung in Weimar diese Streitfrage in den brodelnden Begeisterungswort geworfen habe. Zurzeit sei der Staat noch nicht so gefestigt, daß man an die Auflösung und Entlassung der Einwohnerverschmelzung denken könne. Die Einwohnerverschmelzung verstoße auch nicht gegen den Friedensvertrag. Sie erhalte einen Zuschuß von 15 Millionen Mark, während eine entsprechende Polizei etwa das Zehnfache kosten würde. Die Ausstreunungen von Rechtsputzern seien Hirngespinnste. Finanzminister Krausnick führte aus, Deutschland werde demnächst eine Schuldenlast von 320 Milliarden haben. Wie könne es die noch von Frankreich verlangten Riesensummen bezahlen? Im ganzen Reich müsse einmütig die Abänderung des Friedensvertrags verlangt werden. Der Staatskredit werde namentlich durch die vielen Börsenspekulationen und das ewige Geschrei vom Staatsbankrott geschädigt.

Das Handelsministerium hat im Landtag eine Forderung für Errichtung einer selbständigen bayerischen Post- und Telegraphenberichtsstelle zur Vertretung Bayerns im Reichsrat eingebracht.

Die verlorenen Kunst des Briefschreibens. Einen guten Brief schreiben zu können, war früher ein wichtiger Bestandteil der Bildung. Welch eine gewaltige Rolle spielt diese Kunst in der Erziehung des 17. und 18. Jahrhunderts. Ein Mann wie Gellert verdankte seinen Ruf als Lehrer der feinen Lebensart hauptsächlich dem Unterricht im Briefschreiben, den er weiten Kreisen durch seine umfangreiche Korrespondenz erteilte. Aus dieser eifrigen Pflege des Briefstils ist dann eine reiche Saat klassischer Briefkunst erblüht. Man braucht dabei nicht nur an die Briefe Goethes und Schillers zu denken, denen die Unkraft ihres Genies aufgedrückt ist, sondern die eigentlichen Vorbilder haben mehr gelebte Männer geliefert, wie etwa Wieland in seinen anmutig formvollendeten Biederbriefen oder Wilhelm von Humboldt in seinen großartigen Reisebriefen. Der Brief war damals ein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens, seine Abfassung ein wichtiges Geschäft, dem man sich mit Hingebung und Mühe widmete; es gab innige Lebensfreundschaften, die nur durch Briefe aufrechterhalten wurden, das Empfangen eines Briefes war ein freudiges Ereignis. Heute ist der Brief zu einem alltäglichen Ding geworden. Es gibt nur noch ganz wenige, die den Brief als Kunstwerk betrachten, im Brief ihr Biederideal, ihren Drang nach Bekanntheit ausleben. Hat zunächst die allgemeine Verbreitung und die Selbstverständlichkeit des Briefschreibens im Zeitalter des 19. Jhdts. Poros zur Verschlechterung des Briefstils beigetragen, so droht nun die Verteuerung des Briefpostens, des Briefpapiers die Kunst des Briefschreibens noch mehr in Vergessenheit zu bringen. Da der Brief heutzutage nicht mehr wie im 18. Jhdts. zu den Ausprägungen seiner Lebensart gehört, da das Briefschreiben nicht Mode ist wie damals, so wird es noch mehr vernachlässigt und nur noch als Mittel zum Zweck, als lästige Arbeit empfunden. Demgegenüber sollte man aber nicht vergessen, welche große, nicht selten entscheidende Rolle der Brief auch noch heute im Leben spielt. Wie leicht kann ein Schreiben über Glück oder Unglück, über Erfolg oder Mißerfolg eines Menschen entscheiden! Beim Bewerben um eine Stellung sind gute Handschrift, eine passende Rede, eine geschickte Wortwahl häufig die einzigen Anhaltspunkte, nach denen die Persönlichkeit ausgewählt wird. Gut geschriebene Briefe sind auch heute noch eine Empfehlung für jeden, der in einen neuen Lebenskreis eintritt. Deshalb sollte die Kunst des Briefschreibens mehr geübt und gepflegt werden als es geschieht.

Letzte Nachrichten.

Kapitalverschiebung?

Berlin, 17. Nov. Der Abg. Herr Müller-Franke (Soz.) hat im Reichstag eine Anfrage eingebracht über angebliche Kapitalverschiebungen ins Ausland durch ein Bankhaus Crusier in Berlin. In die Angelegenheit sollen auch einige Fürsten und Mitglieder des Hohenzollernhauses verwickelt sein. Der

Vertrag von 1871 nach dem „Vorwärts“ auf viele Nationen belaufen. Crusier sei flüchtig.

Der Kanzler in Aachen.

Aachen, 17. Nov. Reichskanzler Fehrenbach und Minister Dr. Simons sind gestern hier eingetroffen. Sie besuchten das Rathaus und darauf die Technische Hochschule, wo Kanzler und Minister an die versammelten Professoren und Studenten Ansprachen hielten.

Vom Völkerbund.

Genf, 17. Nov. Sechs Kommissionen haben sich gebildet. Der 5. Kommission, die sich mit der Aufnahme neuer Mitglieder in den Völkerbund zu befassen hat, gehören u. a. an: Lord Robert Cecil (Südafrika), Pueyrredon (Minister des Aeußern von Argentinien), Fisher (England), Viviani (Frankreich), der griechische Minister des Aeußern Politis, Tittoni (Italien) und Senatspräsident Baron Sahashi (japanischer Gesandter in London), Ranssen (Norwegen), der holländische Minister des Aeußern Karnebeck, der frühere serbische Gesandte in Petersburg Spalekowitz, Branding (Schweden), Ministerpräsident Motta (Schweiz), der tschecho-slowakische Minister des Aeußern Beneš und andere. Pueyrredon führte aus, für die Aufnahme eines Mitglieds müsse es genügen, wenn irgend ein souveräner Staat seinen Willen kundgibt, dem Völkerbund beizutreten. Argentinien wünsche, daß die Mitglieder des Völkerbunds von der Völkerbundsversammlung gewählt werden und daß sämtliche dem Völkerbund angehörende Nationen auch im Völkerbundrat vertreten seien. Ferner erhoffe Argentinien vom Völkerbund die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts und eine innere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten zur Förderung der gemeinsamen Interessen der Völker. Hagerup (Norwegen) erinnert daran, daß die nordischen Staaten besonderes Gewicht legen auf die Behandlung der Abrüstungsfrage in der Völkerbundsversammlung. Er betonte die Notwendigkeit einer Kontrolle des Völkerbundsrats durch die Versammlung, da nur dadurch die im Rat nicht vertretenen Nationen die Möglichkeit eines gewissen Einflusses bekämen.

Lord Cecil (Südafrika) empfiehlt im Namen Südafrikas, daß der Völkerbund größte Sparsamkeit walten lasse. Er sprach sodann die Hoffnung aus, daß der Charakter der Öffentlichkeit in der Tätigkeit

des Völkerbunds immer mehr zur Geltung komme und reichte einen Antrag ein, durch den der Völkerbundsrat eingeladen wird, künftig die Öffentlichkeit über seine Tätigkeit eingehender zu unterrichten. Lord Cecil ersuchte den Rat um neue Mitteilungen über seine in der Danziger Frage unternommenen Schritte und er verlangte, daß sich der Völkerbundsrat energisch mit der armenischen Frage befasse und ferner, daß im polnisch-litauischen Konflikt der diplomatische Schriftwechsel der Völkerbundsversammlung unterbreitet werde. Das in Brüssel angeordnete Finanzproblem sollte ebenfalls der Völkerbundsversammlung unterbreitet werden. Der Völkerbund müsse grundsätzlich eine Politik der Verbesserung treiben.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 17. Nov.

Unterhaltungsabend. Am letzten Samstag hat Fräulein Ruoff aus Tübingen in der Kuranstalt ein gut besuchtes Konzert gegeben. Die Sängerin, die über eine besonders klare Aussprache verfügt, hat eine schöne, vollklingende Altstimme. Sie sang zunächst einige Lieder von Schubert, darunter besonders schön den Kreuzzug. Das weitere Programm zeigte, daß Fräulein Ruoff nicht allein die mehr dramatischen Lieder Schuberts bestens vorzutragen vermag, sondern bewies auch in den „Schlichten Weisen“ von Reger und den zum Schluß gesungenen Brahms'schen Volksliedern, daß ihr die einfachen volkstümlichen Kunstlieder neuerer deutscher Meister, die nicht so leicht gut zu singen sind, sehr gut liegen. Gerade die innere Verwandtschaft der leicht etwas ernsten deutschen Volksliedtexte mit der herben Art eines Johannes Brahms hat Fräulein Ruoff deutlich herausgearbeitet. Fräulein Ruoff wurde auf dem Klavier von Herrn Werner Siebeck aus Tübingen begleitet; Herr Siebeck spielte mit feinem Verständnis zwischen den Liedern von Schubert und Reger einige von Schuberts verträumten Impromptus und später einige kleinere Stücke des Finnen Sibelius, die sich den „Schlichten Weisen“ gut anpaßten. Den andächtig lauschenden Zuhörern, die der Sängerin und ihrem Begleiter reichen Beifall spendeten, bot dieser schöne Abend reichen Genuß. Wir danken auch der Leitung der Kuranstalt, daß sie uns in der stillen Winterzeit derartige musikalische Genüsse ermöglicht.

Zu Ehren ihrer



gefallenen Mitglieder

sammeln sich die unterzeichneten Vereine zum gemeinschaftlichen Kirchgang am Sonntag, den 21. November 1920, vorm. halb 10 Uhr vor dem Rathaus.

Krieger-Verein

Verein ehemal. Soldaten u. Kriegsteilnehmer

Reichsbund der Kriegsbeschädigt., Kriegsteiln. u. Kriegerhinterbliebenen

Freiwillige Feuerwehr

Liederkranz

Turn-Verein

Fußball- und Sport-Verein

Schützen-Verein

Zahlungsaufforderung.

Die Steuern und sonstigen Abgaben für das Rechnungsjahr 1919/20 sind in ihrem ganzen Betrag noch zur Zahlung fällig, die Steuerpflichtigen, welche mit deren Entrichtung im Rückstande sind, werden an alsbaldige Bereinigung ihrer Schuldsigkeiten erinnert.

Wildbad, 18. Novbr. 1920.

Stadtspflege.

Am Freitag, den 19. November 1920 werden gegen Barzahlung öffentlich an Ort und Stelle verkauft:

1) im Palmengarten: vormittags 12 Uhr

1 Rm. Brennholz.

2) am Bahnwarthaus Egeler nachmittags 5 Uhr

3 Stämme Nuzholz, (1 Apfel- und 2 Birnbäume),

1 Los Brennholz,

1 „ Reifig.

Wildbad, den 17. November 1920.

Stadtspflege.

Bekanntmachung.

Morgen Freitag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre sämtlichen leere Mehlsäcke im Städt. Mehllokal abzugeben.

Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.



Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die überall

bekannte Marke

MERCEDES

Württ. Bürgerpartei

Frauengruppe. Freitag, den 19. Novbr. abends 8 Uhr

Ausschussitzung im Röhlen Brunnen.

Bestellungen auf Ia. Seifenpulver nimmt fortwährend entgegen Fr. Waldeich, Krankenhaus.

Herren

Stärke-Wäsche liefert in 8—10 Tagen Grosswäscherei Schorpp.

Annahmestelle: Witwo Voiz Wildbad Wilhelmstr. 21.

Wir anbieten: Caloderm-Seife, Stück Mt. 7.50, Steckenpferd-Teerschwefel-Seife, Stück Mt. 7, Herba-Seife, Seifenpulver und Kern-Seife Doppelpack Mt. 6.— Chr. Schmid u. Sohn, König-Rathstr. 68.

Vorzugliche alte

Rotweine,

voll, saftig und glanzhell, sowie

tieftunlich

Tiroler Weine,

10—11%, gleich 100—110 Grad

Dehale, letztere besonders zur Verbesserung kleiner Weine geeignet.

H. Schmalzriedt, Weinhandlg., Dyingen-Struttg., Tel. 16.

